



Referenz-Nr.: AWEL 15-0128 (G 2 k, A 3), GeKo-Nr. DKOR-ASQBFW

Kontakt: Manuela Krähenbühl, Gebietsingenieurin, Walcheplatz 2, 8090 Zürich
Telefon 043 259 32 23, www.wasserbau.zh.ch

Offenlegung und hochwassersicherer Ausbau Risbach zwischen Waldrand «Ris» und Kle- bestrasse

Gemeinde Zürich-Leimbach

Gesuchstellende Stadt Zürich, Tiefbauamt, Werdmühleplatz 3, 8001 Zürich

Gewässer Risbach, öffentliches Gewässer Nr. 319

Lage Zürich-Leimbach, Waldrand Ris bis Klebestrasse, Freihaltezone, Siedlungsgebiet

Koordinaten Von 2680547 / 1241855 bis 2681240 / 1242162

Massgebende Gesuch vom 19.06.2017

Unterlagen Stadtratsbeschluss vom 29.03.2017

Rückzug Einsprache vom 02.09.2016

Situation, Plan Nr. 37 880-01 1:500 rev. 19.06.2017

Situation Überlast Richtung Schwarzbach, Plan Nr. 37 880-01.1 1:500 rev. 19.06.2017

Situation und Schnitte, Geschiebesammler, Plan Nr. 37 880-01.2 1:100 rev. 19.06.2017

Längsschnitt, Abschnitt Grossacher unten, Plan Nr. 37 880-02.1 1:200 rev. 19.06.2017

Längsschnitt, Abschnitt Grossacher oben, Plan Nr. 37 880-02.2 1:200 rev. 19.06.2017

Längsschnitt, Abschnitt Risweg–Grossacher oben, Plan Nr. 37 880-02.3 1:200 rev.
19.06.2017

Längsschnitt, Abschnitt Wald–Risweg, Plan Nr. 37 880-02.4 1:200 rev. 19.06.2017

Längsschnitt, Rechter Seitenarm oberhalb Geschiebesammler, Plan Nr. 37 880-02.5
1:200 rev. 19.06.2017

Längsschnitt, Hauptarm, Geschiebesammler, Plan Nr. 37 880-02.6 1:50 rev. 19.06.2017

Querprofile Nr. 1-10, Abschnitt Grossacher unten, Plan Nr. 37 880-03.1 1:100 rev.
19.06.2017

Querprofile Nr. 11-16, Abschnitt Grossacher oben, Plan Nr. 37 880-03.2 1:100 rev.
19.06.2017

Querprofile Nr. 17-20, Abschnitt Risweg–Grossacher oben, Plan Nr. 37 880-03.3 1:100
rev. 19.06.2017

Querprofile Nr. 21-26, Abschnitt Wald–Risweg, Plan Nr. 37 880-03.4 1:100 rev.
19.06.2017

Normal Sohlfixation, Schnitte, Plan Nr. 37 880-04 1:20 rev. 19.06.2017

Grossacker/Klebestrasse, Durchlass, Plan Nr. 37 880-05 1:50 rev. 19.06.2017

Situation Gewässerraumfestlegung, Plan Nr. 37 880-10 1:500 rev. 19.06.2017

Kurzbericht Gewässerraumfestlegung vom 19.06.2017

Bepflanzungs- und Pflegeplan, Plan Nr. 37 880-20 1:500 rev. 19.06.2017

Technischer Bericht vom 19.06.2017



- Beurteilungen
- A. Bauliche Veränderung und räumliche Inanspruchnahme eines Oberflächengewässers und im Gewässerraum
 - B. Einbauten ins Grundwasser
 - C. Fischerei
 - D. Naturschutz
 - E. Bodenschutz
 - F. Landwirtschaft
 - G. Landschaftsschutz
 - H. Archäologie und Denkmalpflege
 - I. Gewässerraumfestlegung
 - J. Einsprache
 - K. Staatsbeitrag
 - L. NFA-Beitrag

Sachverhalt

Projektverfasser: Bänziger Kocher Ingenieure AG, Dorfstrasse 9, 8155 Niederhasli

Ausbaulänge: etwa 890 m (davon 380 m Ausdolung)

Ausbauwassermenge: Je nach Standort 1.4 m³/s bzw. 2.9 m³/s (HQ₁₀₀) und 0.3 m³/s (HQ₁₀)

Publikation: Das Projekt und die Unterlagen zur Festlegung des Gewässerraums lagen vom 24. Juni bis 25. Juli 2016 bei der Stadt Zürich öffentlich auf. Während der 30-tägigen Auflagefrist ging eine Einsprache ein.

Die Stadt Zürich hat das Projekt und den erforderlichen Kredit mit Stadtratsbeschluss vom 29. März 2017 genehmigt.

Erwägungen

A. Bauliche Veränderung und räumliche Inanspruchnahme eines Oberflächengewässers und im Gewässerraum

AWEL-WB-BB Sachbearbeitung: Manuela Krähenbühl (043 259 32 23)

Die Stadt Zürich plant, den Risbach, öffentliches Gewässer Nr. 319, zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse hochwassersicher auszubauen, zu revitalisieren und auf rund 380 m offenzulegen. Darüber hinaus ist der Ausbau des bestehenden Geschiebesammlers vorgesehen.

Nach der Vereinigung von zwei Seitenarmen des Risbachs beim Waldrand «Ris» befindet sich heute im natürlichen Gefällsknick ein Geschiebesammler, wobei die Kapazität für die Geschiebemenngen bei Unwettern in der Vergangenheit ungenügend war. Dabei traten jeweils Übersarungen und Überflutungen auf. Aus diesem Grund wird der bestehenden Ge-



schiebesammler (mit Zufahrt für den Unterhalt) vergrössert. Da sich der Geschiebesammler bereits in einem natürlichen Gefällsknick befindet, wird das Geschiebe auch ohne Geschiebesammler nicht im Gerinne weitertransportiert, und deshalb kann nicht auf den Geschiebesammler verzichtet werden.

Weil es sich beim Projektperimeter u. a. um landwirtschaftlich genutzte Flächen handelt, sind aufgrund der neuen Offenlegung zwei Furten (beim Geschiebesammler), eine Brücke (bestehender Zufahrtsweg, ausparzellierte) und ein Rohrdurchlass (Übergang Vieh und Fahrzeuge) vorgesehen. Zudem wird ein bestehender Rohrdurchlass zwischen den Grundstücken Kat.-Nrn. LE1753, 1754 und LE1362 durch einen grösseren ersetzt und der Durchlass an der Grossackerstrasse geringfügig instand gestellt.

Gemäss § 18 des Wasserwirtschaftsgesetzes vom 2. Juni 1991 (WWG) in Verbindung mit § 5 Abs. 1 lit. a der Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei vom 14. Oktober 1992 (HWSchV) bedürfen bauliche Veränderungen von Oberflächengewässern und in deren Abstandsbereich einer Bewilligung der Direktion, sofern damit nicht eine konzessionspflichtige Nutzung im Sinne von § 36 Abs. 1 WWG verbunden ist.

Nach Art. 41c Abs. 1 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV) dürfen im Gewässerraum nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Anlagen wie Fuss- und Wanderwege, Flusskraftwerke oder Brücken erstellt werden. Als standortgebunden gelten Anlagen, die aufgrund ihres Bestimmungszwecks oder aufgrund der standörtlichen Verhältnisse nicht ausserhalb des Gewässerraums angelegt werden können.

Innerhalb des geplanten Gewässerraums werden der Geschiebesammler mit Zufahrt, die beiden Furten, die Brücke und die Rohrdurchlässe vergrössert, neu erstellt oder ersetzt.

Art. 38 des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991 (GSchG) verbietet im Grundsatz das Überdecken oder Eindolen von Fliessgewässern. Ausnahmen kann die Behörde unter anderem für Verkehrsübergänge oder für Übergänge land- und forstwirtschaftlicher Güterwege bewilligen (Art. 38 Abs. 2 lit. b und c GSchG). Die Ausnahmegewilligung führt zu einem Eingriff in den Gewässerraum und ist unter den Bewilligungskriterien nach Art. 41c Abs. 1 GSchV zu würdigen.

Die Bauten und Anlagen im geplanten Gewässerraum sind standortgebunden und im öffentlichen Interesse und demnach gestützt auf Art. 41c Abs. 1 Satz 1 GSchV zulässig.

Aus wasserbaupolizeilicher Sicht steht der Festsetzung des Projekts im Sinne von § 18 Abs. 4 WWG nichts entgegen.

B. Einbauten ins Grundwasser

AWEL-GS-GWV Sachbearbeitung: Werner Blüm (043 259 39 64)
Gewässerschutzbereich üB

Durch den hochwassersicheren Ausbau und die Offenlegung des Risbachs im Projektperimeter zwischen dem Geschiebesammler Risbach und der Klebestrasse, Zürich-Leimbach, wird kein nutzbares Grundwasservorkommen tangiert. Der Projektperimeter befindet sich gemäss Gewässerschutzkarte des Kantons Zürich in den «übrigen Bereichen» (üB). Durch



die Öffnung und Tieferlegung des Gerinnes kann es vorkommen, dass grundwasserführende Horizonte angeschnitten werden. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass eine lokale Grundwasserabsenkung zur Trockenlegung der Aushubsohle durchgeführt werden muss. Aus Sicht Grundwasserschutz wird dem Projekt «Sanierung Risbach, Zürich-Leimbach» ohne Auflagen zugestimmt.

C. Fischerei

ALN-FJV Sachbearbeitung: Andreas Hertig (052 397 70 76)

Der natürliche/naturnahe Abschnitt des Risbachs ist in seinem Lauf und seiner Ökomorphologie ungeschmälert zu erhalten. Allfällige Sohlenfixpunkte sind mit formwilden Blöcken sohleeben einzubauen. Der Risbach ist im Projektperimeter kein Fischgewässer (aber ein potenzielles Flusskrebsgewässer). Da die Arbeiten jedoch die Sihl beeinflussen können, gibt es zeitliche Auflagen für die Arbeiten im Wasser des Bachs.

D. Naturschutz

ALN-Naturschutz Sachbearbeitung: Beatrice Vögeli (043 259 43 64)

Nach Art. 18 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) ist durch den Erhalt genügend grosser Lebensräume (Biotope) und andere geeignete Massnahmen dem Aussterben einheimischer Tier- und Pflanzenarten entgegenzuwirken.

Es ist vorgesehen, den Risbach zwischen dem Waldrand und der Klebestrasse zwecks Hochwasserschutz auszubauen und den eingedolten Abschnitt auszdolen. Im oberen Bereich fliessen die beiden Arme des Risbachs durch ein Hangried. Dieses liegt in der Naturschutzzone des Schutzgebiets Ris, Riedwiese, Hochstaudenflur (Objekt Nr. 18) gemäss der Verordnung zum Schutz des Uetliberg-Albis, Teilgebiet Uetliberg Nord (Natur- und Landschaftsschutzgebiet mit überkommunaler Bedeutung in den Gemeinden Stallikon, Uitikon und der Stadt Zürich) (SVO Uetliberg) vom 17. Januar 2017. Gemäss Ziffer 4.1 der Verordnung sind in der Naturschutzzone unter anderem das Betreten, das Errichten von Bauten und Anlagen, Geländeänderungen und Ablagerungen aller Art sowie das Bewässern und Entwässern verboten. Nach Ziffer 8 der Schutzverordnung kann das Amt für Landschaft und Natur bei besonderen Verhältnissen unter sichernden Bedingungen Ausnahmen von diesen Vorschriften gestatten.

Die geplante Absenkung und Aufweitung des Bachs hat gemäss Gutachten von Naturplan vom 27. August 2015 keinen negativen Einfluss auf die Hydrologie des Hangrieds und kann bewilligt werden. Die alternative Möglichkeit, einen aufragenden Damm zwischen linkem Seitenast und Moor zu schütten, wird gemäss Gutachten hingegen nicht empfohlen. Die Arbeiten sind möglichst schonend durchzuführen. Bei einer sorgfältigen Ausführung der Arbeiten kann eine Beeinträchtigung des Schutzobjekts ausgeschlossen werden.

Begrüssst wird die Offenlegung des Bachs im Abschnitt zwischen Kiesfang und der Siedlung Grossacher sowie die Entfernung des Blocksatzes im untersten Abschnitt.

Im Bereich der Siedlung Grossacher ist das Gewässer ökomorphologisch natürlich und weist einige natürliche Abstürze auf. Wegen der fortschreitenden Erosion ist der Einbau



von Sohlenfixpunkten geplant. Da es sich um einen unbeeinträchtigten Abschnitt handelt, sollten Eingriffe auf das absolut notwendige Minimum beschränkt werden und dynamische Prozesse möglichst zugelassen werden.

Um trotz Abtiefung den Charakter eines Wiesenbachs zu erhalten oder neu zu erstellen kommt der Bildung einer Niederwasserrinne grosse Bedeutung zu. Diese soll sich auch über künstliche Elemente wie Stufen und Blockrampen fortsetzen.

Die Erteilung einer Ausnahmegewilligung und der naturschutzrechtlichen Bewilligung ist unter Berücksichtigung von Nebenbestimmungen möglich.

E. Bodenschutz

ALN-FaBo Sachbearbeitung: Ulrich Hoins (043 259 31 90)

Gegenstand sind der hochwassersichere Ausbau offener Abschnitte und eine Ausdolung und Revitalisierung auf einer Länge von rund 380 m innerhalb des Gewässerraums. Bauliche Eingriffe betreffen eine Fläche von rund 4 600 m², u. a. Fruchtfolgeflächen. Zusätzlich werden Böden temporär für Zwischenlager und ggf. Transportpisten beansprucht. Unbelasteter Oberbodenaushub (rund 800 m³) soll an den ausführenden Unternehmer (noch unbestimmt) verpflichtend zur Verwertung abgetreten werden; die Verwertungsübernahme soll der Fachstelle Bodenschutz vor Baubeginn bestätigt werden. Verwertbarer Unterboden sei nicht vorhanden. Bodenaushub aus Flächen mit Belastungshinweisen (rund 250 m³) soll projektintern verwertet bzw. allenfalls untersucht und verwertet bzw. entsorgt werden ('kein Verschieben ohne Analyse').

Fruchtfolgeflächen (FFF):

FFF sind zu schonen. Verluste sind gleichwertig zu kompensieren. Das Vorhaben verursacht gemäss Planungsunterlagen voraussichtlich Verluste im Umfang von rund 440 m² FFF der landwirtschaftlichen Nutzungseignungsklasse 6 (mässig tiefgründige Böden). Konkrete Angaben zur Kompensation liegen nicht vor. Pro Gemeinde können Teilflächen bis zu einer Gesamtfläche von 5 000 m² über mehrere kommunale Bauvorhaben kumuliert werden, bevor die Kompensation realisiert werden muss. Andernfalls ist für die Projektfestsetzung ein Konzept mit folgenden Angaben zur FFF-Kompensation Voraussetzung: Lage und Grösse der Kompensationsfläche (Plan), Ausgangs- und Zielzustand (landwirtschaftliche Nutzungseignungsklasse, pflanzennutzbare Gründigkeit) sowie Abschätzung der benötigten Bodenmenge. Als Aufwertungsflächen sind nur anthropogene Böden zulässig (Karte unter <http://maps.zh.ch>). Die definitiven Verluste sind nach Abschluss der Bauarbeiten zu dokumentieren.

Verwertung von Bodenaushub:

Ausgehobener unbelasteter Oberboden muss wieder als Boden verwertet werden. Die deklarierten Verwertungen sind zulässig. Bei Abgabe an einen Unternehmer muss dieser jedoch gegenüber der Fachstelle Bodenschutz bestätigen, dass er den Bodenaushub gesetzeskonform verwertet und dass er der Fachstelle Bodenschutz zum Zeitpunkt der Verwertung Verwertungsort sowie verwertete Mengen Ober- und Unterboden meldet (Muster-vorlage «Bestätigung der Übernahme der Verwertungspflicht von Bodenaushub ausserhalb



Bauzonen durch Dritte» unter www.boden.zh.ch/br). Diese Bestätigung liegt noch nicht vor. Hinweis: Eine andere Verwertung des Bodenaushubs erfordert eine Bewilligung.

Sachgerechter Umgang mit Boden:

Böden werden durch bauliche Eingriffe (Abtrag, Auftrag), durch die Lagerung von Aushub und möglicherweise durch Befahren und Baustelleneinrichtungen beansprucht. Dabei muss die Fruchtbarkeit der Böden erhalten bleiben. Dies erfordert einen sachgerechten Umgang mit Boden, sodass insbesondere keine Bodenverdichtungen und Vermischungen von Ober-, Unterboden und Untergrund stattfinden. Zielführend sind dabei:

- Die Wahl geeigneter Arbeitstechniken und Maschinen;
- die Berücksichtigung der Bodenfeuchte und der Bodenart;
- druckabnehmende Schutzkörper (Baggermatratzen, Kieskoffer u. Ä.), welche nach Möglichkeit direkt auf dem Oberboden anzulegen sind.

Da Böden in erheblichem Umfang beansprucht werden, ist eine bodenkundliche Baubegleitung erforderlich. Wir empfehlen den Beizug der Fachperson bereits für die Ausführungsplanung.

Belasteter Bodenaushub:

Bodenaushub aus Flächen im Prüfperimeter für Bodenverschiebungen oder aus Flächen mit anderen Belastungshinweisen muss nach Massgabe der Bundeswegleitung «Verwertung von ausgehobenem Boden» gesetzeskonform verwertet oder entsorgt werden. Angaben über eine Abklärung der Belastung liegen nicht vor; eine mögliche projektinterne Verwertung ist nicht nachvollziehbar ausgewiesen. Die vorgesehene Entsorgung bzw. Verwertung ist daher nicht beurteilbar.

F. Landwirtschaft

ALN-Landw. Sachbearbeitung: Christoph Bickel (043 259 27 52)

Das geplante Sanierungsprojekt tangiert systematisch entwässerte, landwirtschaftlich genutzte Flächen. Es ist sicherzustellen, dass mit der Ausdolung und Revitalisierung des Risbachs keine nachteiligen Einflüsse auf die landwirtschaftliche Nutzung und das Drainagesystem entstehen.

Mit der Sanierung des Risbachs darf der Wasserabfluss aus den bestehenden Drainageleitungen nicht behindert werden. Gemäss den Angaben in den alten Drainageplänen handelt es sich bei der ab der Vereinigung der Arme eingedolten Leitung auf Kat. Nr. LE669 um eine landwirtschaftliche Drainage-Hauptleitung. Die Entwässerungsfunktion dieser Leitung muss sichergestellt werden und das Wasser muss auch nach der Sanierung/Ausdolung über den Risbach abgeleitet werden können. Bis zum Siedlungsrand Grossacher münden zudem weitere kleine Entwässerungsleitungen in den Risbach, deren Funktion beibehalten werden muss.



G. Landschaftsschutz

ARE-RP-Landschaft Sachbearbeitung: Wolfgang Wetter (043 259 30 30)

Das Vorhaben liegt gemäss dem Inventar der Natur- und Landschaftsschutzobjekte von überkommunaler Bedeutung (RRB Nr. 126 vom Januar 1980) im Objekt Zürich Nr. 101. Die spezifischen Schutzziele des Objektes (ungeschmälerte Erhaltung) werden mit dem Vorhaben nicht verletzt. Durch die Ausdolung und die weiteren geplanten Massnahmen erfährt das Objekt in der betroffenen Landschaftskammer eine landschaftliche Aufwertung. Erholungsrelevante Festlegungen sind nicht betroffen.

H. Archäologie und Denkmalpflege

ARE-KAZ Sachbearbeitung: Michelle Haag (043 259 69 00)
Zürich

Das Projekt tangiert keine archäologische Zone und kein im Inventar der kunst- und kulturhistorischen Objekte und archäologischen Denkmäler von überkommunaler Bedeutung enthaltenes oder formell geschütztes Objekt.

I. Gewässerraumfestlegung

AWEL-WB-BB Sachbearbeitung: Manuela Krähenbühl (043 259 32 23)

Nach Art. 36a GSchG legen die Kantone nach Anhörung der betroffenen Kreise den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer fest, der für die natürlichen Funktionen der Gewässer, den Schutz vor Hochwasser und die Gewässernutzung erforderlich ist.

Gemäss § 15 j HWSchV wird im Verfahren zur Festsetzung von Wasserbauprojekten gemäss § 18 Abs. 4 WWG auch der Gewässerraum festgelegt. Damit werden die Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 4. Mai 2011 der GSchV für den Projektabschnitt zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse am Risbach in Zürich-Leimbach mit der vorliegenden Projektfestsetzung hinfällig.

Der im vorliegenden Gesamtprojekt ausgeschiedene Gewässerraum, welcher im technischen Kurzbericht zur Gewässerraumfestlegung vom 19. Juni 2017 (rev.) und dem zugehörigen Gewässerraumplan, 1:500, Plan Nr. 37 880-10 vom 19. Juni 2017 (rev.) nachgewiesen ist, gewährleistet die in Art. 36a GSchG vorgesehenen Funktionen für das öffentliche Gewässer sowie den Gewässerunterhalt. Der Festlegung des Gewässerraums im Abschnitt zwischen dem Waldrand «Ris» bis Klebestrasse in Zürich-Leimbach steht somit nichts entgegen.

Für die Gestaltung und Bewirtschaftung des mit dieser Verfügung festgelegten Gewässerraums ist Art. 41c GSchV massgebend.

J. Einsprache

Im Rahmen des Einspracheverfahrens gemäss § 18 a Abs. 2 WWG ging rechtzeitig eine Einsprache ein:

Einsprache von Markus Gschäll, Grossackerstrasse 41, 8041 Zürich, und Hans-Peter Gschäll, Auf der Grueb 36, 8706 Meilen, vom 22. Juli 2016



Die Einsprecher wehren sich gegen das Projekt als solches, aber insbesondere gegen die unentgeltliche Rechtseinräumung/Enteignung und das Bepflanzungskonzept, die das Projekt im Bereich der Grundstücke Kat.-Nr. LE1753 und LE1754 vorsieht. Begründet wird die Einsprache damit, dass der Durchlass bzw. das Schwemmholzgitter bei der Grossackerstrasse zu klein dimensioniert sei, was zur Folge habe, dass der Bach bei Hochwasser überlaufe. Der im Projekt vorgesehenen unentgeltlichen Rechtseinräumung und der teilweisen Abwälzung von Kosten auf die angrenzenden Eigentümer könne nicht zugestimmt werden. Die Stadt habe die Kosten zu übernehmen und das benötigte Land zu marktüblichen Baulandpreisen zu entschädigen. Die im Projekt vorgesehenen Schwarzerlen würden den Einsprechenden über kurz oder lang die Aussicht einschränken. Es seien daher andere Bäume und Sträucher vorzusehen und es müsse auch der Unterhalt und Schnitt der Pflanzen schriftlich festgehalten werden.

Mit Schreiben ohne Datum (Eingangsstempel am 5. September 2016) teilte das Tiefbauamt der Stadt Zürich den Einsprechenden mit, dass das Projekt und insbesondere auch das Einlaufbauwerk an der Grossackerstrasse den Anforderungen an den Hochwasserschutz genüge. Die für die Rechtseinräumung sowie für die Hochwasserschutzbeiträge entstehenden Entschädigungen und Kosten würden in das Schätzungsverfahren verwiesen. Das Tiefbauamt werde jedoch vorgängig einen Einigungsversuch unternehmen. Das Tiefbauamt bestätigte zudem, dass im Projekt auf die geplanten Schwarzerlen verzichtet und die für die Böschungssicherung notwendigen Sträucher und Büsche bei einer Stockhöhe von maximal 4 m unter der Schere gehalten würden. Die Bepflanzung würde im Rahmen des Ausführungsprojekts mit den Einsprechenden besprochen. Die Stadt Zürich würde ausserdem für den Unterhalt der bachbegleitenden Pflanzen aufkommen.

Am 2. September 2016 unterzeichneten die Einsprechenden den Rückzug ihrer Einsprache. Mit dem Rückzug kann die Einsprache als erledigt abgeschrieben werden.

K. Staatsbeitrag

AWEL-WB-BB Sachbearbeitung: Manuela Krähenbühl (043 259 32 23)

Kosten gemäss Kostenvoranschlag vom 06.10.2017 rev. Fr. 1 420 000

./ nicht beitragsberechtigte Aufwendungen (Übergänge, Durchlässe) Fr. 262 280

Total beitragsberechtigte Aufwendungen
einschliesslich Mehrwertsteuer von 8% Fr. 1 157 720

Das Projekt entspricht einem öffentlichen Bedürfnis, es ist zweckmässig und wirtschaftlich und entspricht den in kantonalen und regionalen Planungskonzepten festgelegten Grundsätzen. Es ist zudem ökologisch und landschaftlich wertvoll. Gestützt auf § 15 WWG und § 14 a Abs. 1 und 2 HWSchV ist das Projekt mit einer Subvention von 20% der beitragsberechtigten Aufwendungen zu unterstützen.

Die voraussichtliche Subvention gemäss § 15 WWG und § 14 a HWSchV beträgt demnach:

20% von Fr. 1 157 720 Fr. 231 544



Gesamte Subvention (Ausbau Risbach)

Fr. 231 544

Die Subvention ist eine gebundene Ausgabe im Sinne von § 3 Abs. 2 lit. a des Staatsbeitragsgesetzes vom 1. April 1990 (LS 132.2). Die Subvention von Fr. 231 544 wird voraussichtlich im Jahr 2019 nach Abnahme des Bauwerks ausbezahlt sein. Die Ausgabe ist im Staatsvoranschlagsentwurf 2019 einzustellen und wird im Konto 8500.5620 0 80040 / 85B-14, Subventionen für Hochwasserschutz, verbucht.

L. NFA-Beitrag

AWEL-WB-BB Sachbearbeitung: Manuela Krähenbühl (043 259 32 23)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat u. a. dazu geführt, dass seit dem 1. Januar 2008 dem Kanton Zürich und seinen Gemeinden für Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte ein NFA-Beitrag zusteht. Für Wasserbauprojekte des Kantons und der Gemeinden mit Kosten von weniger als 5 Mio. Franken wird der Kanton auf der Basis der Programmvereinbarung mit einem Beitrag durch den Bund unterstützt. Der NFA-Beitrag beträgt, gestützt auf die unterzeichnete Programmvereinbarung mit dem Bund im Umweltbereich für die Periode 2016–2019, 35%, welcher der Stadt Zürich 2019 weiterzuleiten ist.

Der voraussichtliche NFA-Beitrag setzt sich demnach wie folgt zusammen:

35% von Fr. 1 157 720

Fr. 405 202

Gesamter Bundesbeitrag NFA (Ausbau Risbach)

Fr. 405 202

Der NFA-Beitrag ist eine gebundene Ausgabe im Sinne von § 3 Abs. 2 lit. a des Staatsbeitragsgesetzes. Der Beitrag von Fr. 405 202 wird voraussichtlich im Jahr 2019 nach Abnahme des Bauwerks zu erwarten sein. Die Ausgabe ist im Staatsvoranschlagsentwurf 2019 einzustellen und wird im Konto 8500.5720 0 00000 / 85B-51, durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Hochwasserschutz und Ausdolungen, verbucht.

Es wird verfügt:

I. Bauliche Veränderung und räumliche Inanspruchnahme eines Oberflächengewässers und im Gewässerraum

1. Das Projekt für die Offenlegung und den hochwassersicheren Ausbau des Risbachs, öffentliches Gewässer Nr. 319, im Abschnitt zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse, Zürich-Leimbach, wird im Sinne von § 18 Abs. 4 WWG unter den folgenden Nebenbestimmungen festgesetzt:
 - a) Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Wasserbauten vom 25. Januar 1993 (Fassung vom 21. Januar 2005) sind einzuhalten (Anhang).
 - b) Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL), Abteilung Wasserbau, Gebietsingenieurin Manuela Krähenbühl, Tel. 043 259 32 23, manuela.kraehenbuehl@bd.zh.ch, ist vor Baubeginn zu informieren und zu einer Startsituation einzuladen.



- c) Ohne Genehmigung der zuständigen Gebietsingenieurin des AWEL, Abteilung Wasserbau, dürfen keine Projekt- oder Materialänderungen am Bach vorgenommen werden.
- d) Die Arbeiten sind durch eine im Wasserbau erfahrene Firma auszuführen.
- e) Für den Ausbau sind gebietstypische und formwilde Steine (kein Granit) zu verwenden und der Verbau ist auf das absolute Minimum zu beschränken.
- f) Die Schwellen und «Sohlfixationen» dürfen nicht treppenartig erstellt werden. Sie sind zudem in unregelmässigen Abständen einzubauen und seitlich im Böschungsbereich mit Boden zu überdecken. Es ist während des Baus ein Muster zu erstellen und mit dem AWEL, Abteilung Wasserbau, vor Ort abzusprechen.
- g) Der Bau der geplanten Furten ist mit dem AWEL, Abteilung Wasserbau, im Detail vor Ort abzusprechen.
- h) Vor Baubeginn ist dem AWEL, Abteilung Wasserbau, ein Konzept zur Bewirtschaftung des Geschiebesammlers und zum Geschiebetrieb (Geschiebentnahme, Durchleiten Geschiebe usw.) einzureichen.
- i) Für die Bepflanzung sind einheimische und standortgerechte Pflanzen zu verwenden und wo möglich in die Ufersicherung einzubeziehen. Die Bepflanzung ist mit dem AWEL, Abteilung Wasserbau, abzusprechen.
- j) Die Einleitungen in den Risbach sind gemäss Leitfaden des AWEL «Kleine baulichen Veränderungen an Gewässern» (2017) auszuführen. Sie sind mit Grassoden zu überdecken.
- k) Während der Bauarbeiten sind die Vorgaben der Empfehlung SIA 431 «Entwässerung von Baustellen» einzuhalten.
- l) Während der Bauarbeiten ist das Abflussprofil soweit frei zu halten, dass ein Hochwasser jederzeit ungehindert abfliessen kann. Für temporäre Ein- und Anbauten (Baustelleninstallationen, provisorische Bauten, Einbauten für die Wasserhaltung usw.) im Gewässergebiet während der Bauzeit liegt die vollumfängliche und alleinige Haftung für den Hochwasserschutz beim ausführenden Unternehmer.
- m) Der bauliche und betriebliche Unterhalt des Risbachs (Bachsohle), des Geschiebesammlers, der Furten, der Brücke am Risweg und der Durchlässe (oberhalb der Siedlung, zwischen der Grossackerstrasse 37 und 41 und an der Grossackerstrasse) obliegt der Stadt Zürich (Entsorgung + Recycling Zürich, Grün Stadt Zürich und Tiefbauamt, vgl. technischer Bericht zum Projekt); der bauliche und betriebliche Unterhalt der Bachböschungen obliegt den jeweiligen Grundeigentümern (z. T. auch Stadt Zürich) und geht zu deren Lasten. Allfällig vertraglich geregelte Vereinbarungen mit Dritten sind der



Baudirektion Kanton Zürich, AWEL, Abteilung Wasserbau, Postfach, 8090 Zürich, mitzuteilen.

- n) Das AWEL, Abteilung Wasserbau, ist nach Abschluss der Bauarbeiten zu einer Abnahme einzuladen.
- 2. Der Bachstrecke ist auf der ganzen Länge des Projekts der Status eines öffentlichen Servitutsgewässers zuzuordnen. Die Stadt Zürich hat auf eigene Veranlassung und Kosten das Vermessungswerk bezüglich der bewilligten Veränderungen am Risbach nachführen zu lassen (Servitutsgewässer, Bestandesänderung).
- 3. Im Grundbuch ist auf Kosten der Stadt Zürich bei allen von der Bachstrecke tangierten Grundstücken (sofern nicht schon vorhanden) die folgende öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung anzumerken: «Durch das Grundstück fliesst der Risbach, öffentliches Gewässer Nr. 319, dessen Flächeninhalt in der Angabe der Grundstücksfläche inbegriffen ist».
- 4. Das Grundbuchamt Enge-Zürich ist einzuladen, diese Anmerkungen aufgrund der Vermessungsnachführung vorzunehmen und dem AWEL hierüber eine Bescheinigung zuzustellen.

II. Fischerei

Die fischereirechtliche Bewilligung nach Art. 8 und 9 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991 über die Fischerei wird unter den folgenden Nebenbestimmungen erteilt:

- a) Die Arbeiten im Wasser des Risbachs sind auf die Monate Mai bis September beschränkt. Arbeiten am Trockenem sind zeitlich nicht limitiert; es ist mit einer Wasserhaltung zu arbeiten.
- b) Der naturnahe Abschnitt zwischen den Querprofilen 10 und 16 ist zu belassen. Allfällige Sohlenfixpunkte sind mit formwilden Blöcken sohleneben einzubauen. Die Sohlenfixpunkte an den übrigen Abschnitten sind möglichst formwild und ohne Beton zu gestalten.
- c) Der zuständige Fischereiaufseher Robert Geuggis, robert.geuggis@bd.zh.ch, ist spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten zu informieren.

III. Naturschutz

Die naturschutzrechtliche Bewilligung nach Art. 18 NHG für den Abschnitt unterhalb des Naturschutzgebiets sowie die Ausnahmegewilligung nach Ziffer 8 SVO Uetliberg für den Bachabschnitt innerhalb des Naturschutzgebiets Ris, Riedwiese, Hochstaudenflur (Objekt Nr. 18), werden unter den folgenden Nebenbestimmungen erteilt:

- a) Bauvorbereitung, Ausführung und Pflege (mindestens während der ersten drei Jahre nach der Fertigstellung) sind durch eine ökologisch ausgewiesene Fachperson im Bereich Gewässerökologie zu begleiten.



- b) Die Bauarbeiten müssen vor allem im Bereich des Hangrieds schonend und kleinflächig erfolgen. Die Naturschutzzone darf nicht als Lager- oder Installationsplatz verwendet werden. Die Betankung, Wartung oder Reparatur von Maschinen hat ausserhalb zu erfolgen.
- c) Auf das Aufschütten eines stark aufragenden Damms zwischen dem linken Seitenast und dem Moor im oberen Bereich des Bachs ist zu verzichten.
- d) Die Dynamik des Bachs soll, soweit hochwassertechnisch möglich, zugelassen werden, weshalb die Anzahl Sohlenfixpunkte auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren ist.
- e) Der Abstand zwischen den Sohlenfixpunkten soll möglichst variabel sein, damit unterschiedliche Strömungsverhältnisse entstehen.
- f) Eine Niederwasserrinne ist in allen Bachabschnitten, die aufgeweitet oder ausgedolt werden, auszubilden. Diese soll an variablen Stellen auch über die geplanten Stufen und über die Blockrampe führen, indem die Steinblöcke verschieden tief gesetzt werden.
- g) Die Sohle ist mit dem anstehenden Material auszubilden.
- h) Es soll eine Teststrecke erstellt werden, zu deren Abnahme die Fachstelle Naturschutz einzuladen ist.
- i) Die Flächen sind mit Schnittgut aus einer nahe gelegenen Magerwiese mit ähnlichen Standortvoraussetzungen direkt zu begrünen. Falls die Flächen nicht sofort begrünt werden können, kann mit einer Zwischenbegrünung (z. B. Roggentrespe) ein schneller Erosionsschutz geschaffen und das Aufkommen von Problempflanzen und Neophyten verhindert werden.
- j) Standortfremde Vegetation ist zu entfernen (z. B. Nadelbäume im Abschnitt zwischen Grossackerstrasse 73–75).
- k) Der Baustart ist der Fachstelle Naturschutz, Beatrice Vögeli (beatrice.voegeli@bd.zh.ch), frühzeitig bekanntzugeben.

IV. Bodenschutz

Hinsichtlich Bodenrekultivierungen wird das Vorhaben unter den folgenden Nebenbestimmungen bewilligt:

- a) Bei der Planung und Ausführung bodenrelevanter Arbeiten sind die Vorgaben der Richtlinien für Bodenrekultivierungen des Kantons Zürich vom Mai 2003 einzuhalten (Richtlinien unter www.boden.zh.ch/br).
- b) Es ist eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB, Liste siehe www.soil.ch) beizuziehen. Für die bodenkundliche Baubegleitung ist das Musterpflichtenheft der Fachstelle Bodenschutz oder ein anderes Pflichtenheft, das vor Be-



ginn der Bodenarbeiten durch die Fachstelle Bodenschutz genehmigen zu lassen ist, verbindlich.

- c) Vor Baubeginn sind der Fachstelle Bodenschutz Name und Adresse der Fachperson für die bodenkundliche Baubegleitung mitzuteilen.
- d) Bodenaushub muss gemäss den Erwägungen verwertet werden.
- e) Vor Baubeginn muss der Fachstelle Bodenschutz die Übernahme der Verwertungspflicht von Bodenaushub durch einen Unternehmer bestätigt werden.
- f) Die gleichwertige Kompensation des Verlustes an Fruchtfolgefläche hat spätestens zu erfolgen, wenn zusammen mit anderen kommunalen Bauvorhaben ein Verlust an Fruchtfolgefläche von mehr als 5 000 m² entsteht. Die Kompensation hat dann innert drei Jahren zu erfolgen.
- g) Die gesetzeskonforme Verwertung oder Entsorgung von Bodenaushub aus Flächen mit Belastungshinweisen ist vor Baubeginn sicherzustellen.
- h) Auf Flächen mit temporärer Beanspruchung von Böden (Pisten und dergleichen) müssen Böden mit gleicher Bodenfruchtbarkeit wie vor der baulichen Beanspruchung wiederhergestellt werden.
- i) Unmittelbar nach Abschluss der Arbeiten ist der Fachstelle Bodenschutz eine Dokumentation des ausgeführten Bauwerkes soweit möglich auch digital in den Formaten DXF oder Shapefile zuzustellen (Pläne und Quantifizierungen von Flächen mit baulichen Eingriffen in Böden und von Fruchtfolgeflächenverlusten, Verwertung und Entsorgung von Bodenaushub, Massnahmen zum sachgerechten Umgang mit Boden, Beurteilung der Bodenfruchtbarkeit temporär beanspruchter Böden).

V. Landwirtschaft

Hinsichtlich landwirtschaftlicher und meliorationstechnischer Belange wird das Vorhaben unter den folgenden Nebenbestimmungen bewilligt:

- a) Die im Projektabschnitt bestehenden Entwässerungsanlagen sind bei der Projektierung zu berücksichtigen, sodass deren Funktionstüchtigkeit nicht eingeschränkt wird. Im technischen Bericht (3.12, Werkleitungen) und in den Projektplänen sind diese Leitungen aufzunehmen. Die Detailpläne der Entwässerungsanlagen können beim Amt für Landschaft und Natur (ALN), Abteilung Landwirtschaft, Meliorationen, Walcheplatz 2, 8090 Zürich, bezogen werden.
- b) Die Detailpläne allfälliger Veränderungen an den Entwässerungsanlagen sind vor Baubeginn von der Abteilung Landwirtschaft, Meliorationen, genehmigen zu lassen. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind Ausführungspläne



der Drainageanpassungen (Massstab 1:1000) zu erstellen und an das ALN, Abteilung Landwirtschaft, Meliorationen, abzuliefern.

- c) Sträucher und Bäume dürfen nicht näher als 7 m an die Drainageleitungen und Ausläufe gepflanzt werden, damit keine Wurzeln in die Leitungen einwachsen können. Der Zugang zu den Ausläufen muss für den Unterhalt der Drainagen jederzeit gewährleistet sein.

VI. Gewässerraumfestlegung

Gestützt auf Art. 41a GSchV und § 15 j HWSchV wird der Gewässerraum am Risbach zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse, Zürich-Leimbach, gemäss dem Gewässerraumplan, 1:500, Plan Nr. 37 880-10 vom 19. Juni 2017 (rev.) und dem zugehörigen Kurzbericht vom 19. Juni 2017 (rev.) festgelegt.

VII. Einsprache

Die Anliegen der Einsprecher werden im Sinne der Erwägungen berücksichtigt. Die Einsprache von Markus Gschäll, Grossackerstrasse 41, 8041 Zürich, und Hans-Peter Gschäll, Auf der Grueb 36, 8706 Meilen, vom 22. Juli 2016 kann infolge Rückzug der Einsprache als erledigt abgeschrieben werden.

VIII. Staatsbeitrag

Der Stadt Zürich wird an die auf Fr. 1 157 720 veranschlagten beitragsberechtigten Aufwendungen für das Projekt am Risbach zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse, Zürich-Leimbach, zu Lasten des Kontos 8500.5620 0 80040 / 85B-14, Subventionen für Hochwasserschutz, mit folgenden Nebenbestimmungen eine Subvention von 20%, höchstens Fr. 231 544, zugesichert:

- a) Die Beitragszusicherung erlischt, sofern das Werk nicht innerhalb von fünf Jahren, ab Rechtskraft der Zusicherung gerechnet, vollendet ist und sie nicht vorher auf begründetes Gesuch hin verlängert worden ist.
- b) Die Zusicherung enthält keine abschliessende Aussage über die Beitragsberechtigung der einzelnen im Gesuch aufgeführten Kostenpositionen. Die Ausscheidung nicht beitragsberechtigter Kosten in der Schlussabrechnung bleibt deshalb vorbehalten.
- c) Der Zustand vor Baubeginn, die Bauarbeiten sowie die neue Gewässergestaltung sind fotografisch festzuhalten. Dem AWEL ist mit der Schlussabrechnung ein mit Fotos, technischen Erläuterungen und einer Kostenübersicht dokumentierter Kurzbericht einzureichen. Die Ausführungspläne sind nur auf Verlangen zu erstellen.
- d) Das Gesuch um Ausrichtung des Beitrags ist spätestens 18 Monate nach Bauvollendung dem AWEL einzureichen. Beizulegen sind: eine durch die zuständige Behörde genehmigte Schlussabrechnung, die Rechnungsbelege, das Abnahmeprotokoll und die Ausführungsunterlagen.



- e) Für die beitrags- bzw. nicht beitragsberechtigten Teile des Werkes sind das Ausmass und die Abrechnung getrennt zu erstellen.
- f) Allfällige Mehrkosten infolge Anordnung zusätzlicher Arbeiten durch die kantonale Aufsichtsbehörde oder verursacht durch Hochwasser während der Bauzeit sowie die Teuerung fallen nicht unter die betragsmässige Begrenzung.
- g) Es bleibt vorbehalten, bei Nicht-Einhaltung der Auflagen bzw. bei Projektänderungen ohne Zustimmung des AWEL die Ausrichtung des Staatsbeitrages zu verweigern oder bei übersetzten Preisen angemessen zu reduzieren.
- h) Aufwendungen wie z. B. für Verwaltung, Bau- und Kapitalzinsen sind nicht beitragsberechtigt.
- i) Die Auszahlung des Staatsbeitrages kann sich verzögern, wenn die notwendigen Staatsvoranschlagskredite nicht verfügbar sind.

IX. NFA-Beitrag

Der Stadt Zürich wird an die auf Fr. 1 157 720 veranschlagten beitragsberechtigten Aufwendungen für das Projekt am Risbach zwischen dem Waldrand «Ris» und der Klebestrasse, Zürich-Leimbach, gestützt auf die Programmvereinbarung mit dem Bund im Umweltbereich für die Periode 2016–2019, ein Beitrag von 35%, höchstens Fr. 405 202, zu Lasten des Kontos 8500.5720 0 00000 / 85B-51, durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Hochwasserschutz und Ausdolungen, mit folgender Nebenbestimmung zugesichert:

Es gelten die Nebenbestimmungen gemäss Dispositiv VIII.

X. Gebühren

Gestützt auf §§ 2 und 4 ff. der Gebührenverordnung zum Vollzug des Umweltrechts vom 3. November 1993 werden folgende Gebühren erhoben:

Staatsgebühr ALN Fischerei	Fr.	256.00
Staatsgebühr ALN Naturschutz	Fr.	515.20
Staatsgebühr ALN Bodenschutz	Fr.	386.40
Staatsgebühr ALN Wald	Fr.	257.60
Staatsgebühr ALN Landwirtschaft	Fr.	150.00
Staatsgebühren ARE Landschaft	Fr.	386.40
Total	Fr.	1 951.60

XI. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Baurekursgericht des Kantons Zürich, Postfach, 8090 Zürich, schriftlich Rekurs erhoben werden. Die in dreifacher Ausführung einzureichende Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angefochtene Verfügung ist beizulegen. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und,



soweit möglich, beizulegen. Materielle und formelle Urteile des Baurekursgerichts sind kostenpflichtig; die Kosten hat die im Verfahren unterliegende Partei zu tragen.

XII. Mitteilung

- Stadt Zürich, Tiefbauamt, Werdmühleplatz 3, 8001 Zürich (Beilagen: Rechnung, Allgemeine Nebenbestimmungen für Wasserbauten)
- Stadt Zürich, Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Entwässerung, Bändlistrasse 108, Postfach, 8010 Zürich (Beilage: Allgemeine Nebenbestimmungen für Wasserbauten)
- Stadt Zürich, Grün Stadt Zürich, Beatenplatz 2, 8001 Zürich (Beilage: Allgemeine Nebenbestimmungen für Wasserbauten)
- Stadtrat von Zürich, Postfach, 8022 Zürich
- Bänziger Kocher Ingenieure AG, Dorfstrasse 9, 8155 Niederhasli (Beilage: Allgemeine Nebenbestimmungen für Wasserbauten)
- Dr. Hans-Peter Gschäll, Auf der Grueb 36, 8706 Meilen (Einschreiben)
- Markus Gschäll, Grossackerstrasse 41, 8041 Zürich (Einschreiben)
- Baudirektion, AWEL, Abteilung Wasserbau, Christian Hosig
- Baudirektion, AWEL, Abteilung Wasserbau, Max Dornbierer
- Baudirektion, AWEL, Abteilung Wasserbau, Ruedi Karrer
- Baudirektion, AWEL, Abteilung Wasserbau, Martin Schreiber

Baudirektion Kanton Zürich

Markus Kägi, Regierungspräsident

Versanddatum: 22. Nov. 2017